

Rentenpaket in der Kritik: „Wir beleihen das Einkommen unserer Kinder“

Michael Fiedler

Die Wirtschaftsweise Veronika Grimm warnt vor einem gefährlichen finanzpolitischen Kurs: Das Rentenpaket belaste den Bundeshaushalt massiv und verschiebe Kosten in die Zukunft. Doch Kritiker halten dagegen und verweisen auf strukturelle Faktoren wie Pensionen, versicherungsfremde Leistungen und die beitragsgedeckte Finanzierung der gesetzlichen Rente.



Quelle: Sachverständigenrat Wirtschaft

Grimms Vorwurf: „Wir beleihen das Einkommen unserer Kinder“

In einer aktuellen Stellungnahme auf X hat die Wirtschaftsweise Prof. Veronika Grimm das geplante Rentenpaket deutlich kritisiert. Ihre zentrale Warnung: Der Bund steuere auf eine strukturelle Schieflage zu, in der steigende Rentenausgaben andere staatliche Aufgaben verdrängen. Grimm argumentiert, dass bereits die Finanzplanung für 2029 ein bedrohliches Bild zeichne:

Die gesamten Einnahmen des Bundes würden gerade ausreichen,

- um die Sozialausgaben inklusive Bundeszuschuss zur Rentenversicherung,
- die Verteidigungsausgaben
- und die Zinskosten

zu decken.

Alle weiteren Aufgaben des Staates müssten dann über neue Schulden finanziert werden. Für die Wirtschaftsweise ist klar:



„Es ist, als ob ich das zukünftige Einkommen meiner Kinder leihe, um ein besseres Leben zu haben, das ich aus eigener Kraft nicht finanzieren kann.“

Ihre Kritik richtet sich auch an die politischen Entscheidungsträger. Die älteren Generationen und die Spitzen der Politik müssten Verantwortung übernehmen – anderenfalls drohe ein politischer Vertrauensverlust.

Beschleunigter Rentenanstieg als Belastungsfaktor

Grimm stellt infrage, warum die Politik den Anstieg der Renten zusätzlich beschleunigen wolle, obwohl der Haushalt bereits stark unter Druck stehe. Die im Rentenpaket vorgesehene Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2039 führe nach Berechnungen verschiedener Institute zu zweistelligen Milliardenbelastungen pro Jahr. Für die Wirtschaftsweise ist das ein falsches Signal: Ohne strukturelle Reformen wie

- eine schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit,
- ein neues Mischsystem aus Kapitaldeckung und Umlage,

- oder eine Entlastung des Bundeshaushalts,

lasse sich die langfristige Tragfähigkeit nicht sichern.

Gegenstimmen: „Die Rente ist nicht das Problem“

Doch die Kritik am Rentenpaket ist umstritten. Grimm wird vorgeworfen, ihre Analyse würde nur einen Teil der Realität beleuchten. Drei Gegenargumente dominieren die Debatte:

Versicherungsfremde Leistungen Jährlich zahlt die Rentenversicherung über 100 Milliarden Euro für gesamtgesellschaftliche Aufgaben (Erziehungszeiten, Wiedervereinigungslasten etc.). Diese Ausgaben belasten die Rentenkasse, obwohl sie eigentlich aus Steuern finanziert werden müssten. Pensionen für Beamte Während die gesetzliche Rentenversicherung beitragsfinanziert ist, werden Beamtenpensionen komplett aus Steuern finanziert – und liegen im Schnitt deutlich über den gesetzlichen Renten. Kritiker bemängeln: Die Debatte konzentrierte sich auf die Rente, nicht auf das tatsächlich teurere Versorgungssystem. Beitragsdeckung Von den rund 370 Milliarden Euro Gesamtausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung werden mehrere hundert Milliarden Euro über Beiträge finanziert – das müsse in der Debatte stärker berücksichtigt werden.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947040/Rentenpaket-in-der-Kritik-Wir-beleihen-das-Einkommen-unserer-Kinder/>